

## **Antrag**

**der Abg. Felix Schreiner u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur**

### **Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie zu Investitionen in den Ausbau und Erhalt von regionalen Flughäfen in Baden-Württemberg steht und welche finanziellen Mittel im Landeshaushalt hierfür im Landeshaushalt 2012 berücksichtigt wurden;
2. wie sie zu der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2012 zur Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU steht;
3. wie sie sich zu den einzelnen Positionen der Entschließung vom 10. Mai 2012 im Bezug auf die Punkte: „Wirtschaftlichkeit regionaler Luftverkehrsdienste, Umwelt und Innovation, Überlastung und Multimodalität, das transeuropäische Verkehrsnetz, Sicherheit, Transparenz, Zugänglichkeit“ positioniert;
4. ob sie die Forderung nach der Einbindung von regionalen Flughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze im Hinblick auf eine Stärkung der Regionen unterstützt und diese für sinnvoll erachtet;
5. ob sie die Meinung des Europäischen Parlaments teilt, dass Regionalluftfahrt zu einer stärkeren Mobilität der Bürger und zu einer Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen führt;
6. ob sie beabsichtigt, bedingt durch die Entschließung des Europäischen Parlaments, die eigene Budgetierung der Regionalflughäfen im Landeshaushalt für die kommenden Jahre zu überdenken;

7. ob sie Baden-Württemberg als Region innerhalb Europas sieht, welche von finanziell und strukturell gut ausgestatteten Regionalflughäfen in seinem wirtschaftlichen Handeln profitiert.

12.07.2012

Schreiner, Razavi, Groh, Köberle, Kunzmann, Mack, Dr. Rapp, Schwehr CDU

#### Begründung

In seiner Entschließung vom 10. Mai 2012 hat das Europäische Parlament die enorme Bedeutung von regionalen Flughäfen für die Luftverkehrspolitik innerhalb der EU hervorgehoben. Regionales Wachstum und eine sozioökonomische Entwicklung innerhalb der EU wäre durch eine Einbindung von Regionalflughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze gestärkt, so die Entschließung des Parlaments. Aufgrund der Kürzungen für die regionalen Flughäfen und die Aussagen im grün-roten Koalitionsvertrag wäre eine Positionierung der Landesregierung zu der Entschließung des Europäischen Parlaments von Interesse.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 31. Juli 2012 Nr. 3-3840.0/126 nimmt das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie sie zu Investitionen in den Ausbau und Erhalt von regionalen Flughäfen in Baden-Württemberg steht und welche finanziellen Mittel im Landeshaushalt hierfür im Landeshaushalt 2012 berücksichtigt wurden;*

Der Luftverkehr muss nach Auffassung der Landesregierung seine Kosten selbst erwirtschaften. Dieser Grundsatz umfasst auch die Flughäfen. Sie müssen ihre notwendigen Investitionen durch eigene, am Markt erzielte Einnahmen selbst finanzieren. Die Landesregierung hat deshalb im Landeshaushalt 2012 keine finanziellen Mittel zur Förderung von Flughäfen und Flugplätzen bereit gestellt.

- 2. wie sie zu der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2012 zur Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU steht;*

- 3. wie sie sich zu den einzelnen Positionen der Entschließung vom 10. Mai 2012 im Bezug auf die Punkte: „Wirtschaftlichkeit regionaler Luftverkehrsdienste, Umwelt und Innovation, Überlastung und Multimodalität, das transeuropäische Verkehrsnetz, Sicherheit, Transparenz, Zugänglichkeit“ positioniert;*

- 4. ob sie die Forderung nach der Einbindung von regionalen Flughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze im Hinblick auf eine Stärkung der Regionen unterstützt und diese für sinnvoll erachtet;*

Zu 2. bis 4.:

Die Regierungsparteien haben die Grundzüge ihrer Luftverkehrspolitik in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt. Danach hat der Luftverkehr in Zeiten zunehmender Globalisierung zwar eine große Bedeutung. Er ist aber zugleich ein enor-

mes Problem bei der Bekämpfung des Klimawandels. Vor diesem Hintergrund vertritt die Landesregierung zum Luftverkehr vor allem folgende Grundsätze:

- Kurzstreckenflüge sollen weitestgehend entfallen und überflüssig werden.
- Die Landesregierung unterstützt alle Maßnahmen, die den Luftverkehr umweltverträglicher machen und die Bevölkerung besser vor Fluglärm schützen.
- Der Luftverkehr muss seine Kosten selbst erwirtschaften; Steuerprivilegien sind abzubauen.
- Baden-Württemberg verfügt über ausreichend Flughäfen und Verkehrslandeplätze; für den Ausbau bestehender oder gar den Neubau solcher Einrichtungen gibt es keine Notwendigkeit.

Die Landesregierung hält es derzeit nicht für erforderlich, diese Grundzüge ihrer Luftverkehrspolitik im Lichte der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2012 zur Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU zu ändern oder zu ergänzen. Sie teilt ausdrücklich die Auffassung des Europäischen Parlaments, dass Regionalflughäfen keine Instrumente zur Erhöhung der staatlichen Defizite sein sollten (Nr. 17 der Entschließung vom 12. Mai 2012).

*5. ob sie die Meinung des Europäischen Parlaments teilt, dass Regionalluftfahrt zu einer stärkeren Mobilität der Bürger und zu einer Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen führt;*

Regionalluftfahrt kann zu einer stärkeren Mobilität der Bevölkerung sowie zu einer Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen führen. Allerdings müssen die ökologischen Kosten des Luftverkehrs in eine Gesamtbetrachtung einbezogen werden. Meist lassen sich regionale Mobilitätsbedürfnisse auch mit anderen Verkehrsträgern erfüllen.

*6. ob sie beabsichtigt, bedingt durch die Entschließung des Europäischen Parlaments, die eigene Budgetierung der Regionalflughäfen im Landshaushalt für die kommenden Jahre zu überdenken;*

Auf die Antworten zu den Fragen 1 sowie 2 bis 4 wird verwiesen.

Der Grundsatz, dass der Luftverkehr seine Kosten selbst erwirtschaften muss, gilt auch für die kommenden Jahre.

*7. ob sie Baden-Württemberg als Region innerhalb Europas sieht, welche von finanziell und strukturell gut ausgestatteten Regionalflughäfen in seinem wirtschaftlichen Handeln profitiert.*

Baden-Württemberg ist mit den drei technisch hochwertig ausgestatteten Flughäfen Stuttgart, Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen, mit 18 Verkehrslandeplätzen sowie den grenznahen Flughäfen Frankfurt, Zürich und Basel sehr gut an den nationalen und internationalen Luftverkehr angebunden. Dies kommt den Mobilitätswünschen der Bevölkerung wie der Wirtschaft in gleicher Weise zugute.

Hermann  
Minister für Verkehr  
und Infrastruktur